

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig, Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3300 und 3357. Schluß der Redaktion: Freitag, morgen, 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 28

Duisburg, den 12. Juli 1924

25. Jahrgang

Wo ist der Weg zur Gesundung?

Der internationale sozialistische Gewerkschaftskongress und der Parteitag der deutschen sozialistischen Partei haben vor einigen Tagen stattgefunden und wurden als Ausgangspunkt neuen Lebens den breiten deutschen Arbeiterschichten vor Augen geführt. Zwar, wenn man die Reden liest, ist manches von dem Schäum vergangener Jahre abgeblasen und man bemüht sich, klarer die Wirklichkeit zu sehen. Aber die Wut kämpft noch immer mit der Realität und die Angst vor dem radikalen Bruder von links bestimmt sehr oft den Weg der sozialistischen Partei und der sozialistischen Gewerkschaften.

Der deutsche Sozialismus hat sich nach der für ihn furchtbaren Tragödie von 1918 zu einer inneren Stärke nicht mehr aufrufen können. Die Unmöglichkeit des Einflusses der sozialistischen Dogmen vom Zukunftsstaat, nach dem eine durch 40 Jahre agitatorisch verheulte Masse schrie, steht heute noch wie ein Felsen am Sozialismus. Der Glaube an seine Zukunft ist erschüttert und wenn er auch heute noch Millionen Stimmen aufweist, er ist nicht mehr Glaube, Hingebung, Ideale. Aus der Martyrer-Triebskraft der Zeiten des Sozialistengesetzes wurde ein Walzen im Landratspräsidenten, Oberpräsidenten, während für mittlere und untere Rufe andere Institutionen sich öffneten.

So wurde aus Idee Partei und aus Wollen zur Zukunft geruchsamere Behaglichkeit. Die rote Fahne Marxens hat ihnen der Kommunismus aus der Hand gerissen. Der Sozialismus schwankt zwischen Gedanken und Tat. Er ist weder national in dem Sinne, daß er das Wohl der Gesamtheit über seine Partei setzt; noch ist er sozial in dem Sinne, daß er die Notwendigkeit der inneren Gleichberechtigung aller Stände einseht; noch ist er demokratisch, daß er eine Regierung für das Volk durch die Gesamtheit aller Schichten will. Sein Denken möchte ihn vielleicht auf solche Bahnen lenken, aber seine Furcht vor der „Seuche des Radikalismus“ läßt ihn genau das Gegenteil dessen tun, was ihn gesund machen könnte. Statt Kampf gegen den Radikalismus lehnt er sich an den Radikalismus an und glaubt nicht scharf genug den „Klassenkampf“ und den „Klassenhaß“ betonen zu können. Das einzige, was der deutsche Sozialismus mit Leidenschaft vertritt, ist der Pazifismus, jene weiche spießbürgerliche Welthumanitätsdumfheit, die jeder wirklichen nationalen und völkischen Politik im Wege steht. Und selbst wo der deutsche Sozialismus einmal in eine Kampffront eingepaßt ist, bleibt er nur mit halbem Herzen dabei.

Die andere mit Leidenschaft vertretene Sache ist die „Internationale“, aber ideologisch, wie der deutsche Sozialismus nun einmal ist, unterwirft er diesen internationalen Gedanken alle nationalen und völkischen Belange und Crispian, „der Spaltplatz“ wie ihn Jakobson einmal bezeichnete, konnte in sozialistisch hochgeschwollener Brust von der Tribüne des Reichstages verkündet, er kenne kein Vaterland Deutschland.

Gegenüber diesen westfremden Schwärmern und „lauteren Toren“ ist sehr interessant, die Einstellung der englischen Regierung und der jetzigen Nachfolger Zwans des Schrecklichen im Kremlin in Moskau kennen zu lernen, weil sich der deutsche Sozialismus oft darauf beruft. Die englische, sogenannte sozialistische Arbeiterregierung ist durchaus national, christlich, antiklassenkämpferisch eingestellt, also genau das Gegenteil vom deutschen Sozialismus.

In seiner Rathschafft verblüdete Herr MacDonald, der Leiter der „sozialistischen“ Regierung Englands:

Ich habe nichts dagegen, wenn meine Regierung und meine Partei sozialistisch genannt werden. Aber gefühlsmäßig liebe ich den Namen nicht. ... Treiben wir aus unserem Herzen, was herausgetrieben werden muß, den Klassenhaß. Beweisen wir, daß wir uns Hilfe für unser Volk aus jeder Klasse holen wollen. In dem Augenblick, wo der Sozialismus so eng wird, daß er nur bestimmte Klassen umfaßt, verliert er jeden Reiz für mich!

Herr MacDonald war es, der bei der Thronrede die Worte gebrauchte, daß er „seiner Majestät ergebener Diener“ sei. Er besitzt auch die Courage, daß er in voller Hofuniform und dazu noch mit einem Degen bewaffnet (sein Degen, Herr Crispian, sogar ein Degen) den königlichen Zirkeln im Buckinghampalast beikommt, bei dem Könige in Windsor Ferientage verbringt und den Thronfolger als den „unvergleichlichen Reichsnachfolger“ feiert. Früher war er Parteimench, heute ist er Staatsmann und verantwortlicher Premier „seiner Majestät Regierung“. Früher Pazifist begreift er heute die Unvergleichlichkeit nationaler Solidarität, heute schiebt er jede Parteifantastik weg, denn er ist der erste verantwortungsbewusste Engländer.

Wie ganz anders waren bei allen schwierigen Fragen nach der Revolution die deutschen sozialistischen Partei- und Gewerkschaftsführer. Parteipolitiker, damit ist alles gesagt.

Dieser „Sozialist“ MacDonald betont nicht nur in seinem Privatleben, sondern auch bei großen Gelegenheiten den unvergänglichen Wert des Christentums für die Menschheit. In einer seiner letzten Reden sagte er:

„Heute, wie immer, stehen wir vor der Aufgabe, unsere christlichen Glauben im sozialen Leben zu verwirklichen. Aber unser Zeitalter mit all seinen Eroberungen im Reiche der Natur hat den Menschen, statt ihn zum Herrscher über die materielle Welt zu erheben, zu deren Sklaven gemacht. Wir leben in einer materialistischen Zeit, und es nützt nichts, uns mit alferlei Gumbug darüber hinwegzutäuschen. Geld und falsches Wissen gelten alles. Und doch hören wir unablässig die Stimme des Geistes, die es wagt, den Zeitgeist herauszufordern. Wir sprechen von nichts mehr heutzutage als von „Erhaltung“, und dabei wissen die Leute nicht einmal mehr, wie einen ruhigen Sonntag zuzubringen. Wie wolle ich doch, unser aller schollischer Sonntag lehre unter die Menschen zurück! In einer solchen Gesellschaft würden die Menschen die letzten ewigen Grundlagen wiederfinden, Charakter und Herrschaft über sich selber, um darauf ihre Kirchen und Staaten bauen zu können. Denn keine dieser Einrichtungen vermag ohne diese Charaktergrundlagen dauernd zu bestehen. Ob nun eine konservative, liberale oder Arbeiterregierung am Ruder ist, was kann sie tun für Leute, die es nur noch nach Vergnügungen verlangt, die ständig durch irgend etwas von sich ablenken werden müssen, die die Fähigkeit verloren haben, mit sich selber Umgang zu pflegen? Das Wesen des Christentums besteht in seiner Betonung der inneren Werte des Menschen. Wir wollen nicht Gleichheit, sondern innere Werte. Wir dürfen nur dann an die Lösung der sozialen Probleme herantreten, wenn wir uns klar bewußt sind, daß es das Geistige ist, auf das es ankommt. Was wir glauben, heißt Leben, nicht was wir sehen. Die Rechtfertigung des Lebens liegt nicht im Vergangenen, sondern im Zukünftigen.“

So spricht der „Sozialist“ MacDonald. Das sind Peitschenhiebe um die Ohren der deutschen Sozialisten, die sich nicht genug tun können in Verpötlung und Verhöhnung des Christentums und im Aufpreisen der materialistischen Gleichheitsauffassung.

Rußland, dessen Anerkennung als Staat Genosse Dichtmann auf der Raffener Generalversammlung des sozialistischen Metallarbeiterverbandes als einen Lichtblick bezeichnete, ist alles andere als pazifistisch oder international. Es ist imperialistisch, nationalbejahend, expansiv wie es jemals nur das Rußland des Jaren gewesen ist. Rußland zerrt und die übrigen Länder als abhängige Staaten, daß ist der Pazifismus und Internationalismus der Sowjetherren. Diese gewichtigsten Politiker betrachten sich als die Erben des großrussischen Gedankens und in diesem Sinne führen sie auch ihre Politik. Sie betreiben eine so großartige Politik in Asien, wie sie kaum England besser geführt hat. Sie stoßen vor nach Tibet, nach Afghanistan, Indien, Mongolei, Turkestan. Sie denken eben nur im Zeichen der Weltpolitik, in die sie eingepaßt sind.

Der deutsche Sozialismus, der aus dem geistigen Darftum noch nicht herausgetreten, klammert sich an die Enge seines Parteidogmas und — wird auch daran zugrunde gehen.

Heute ist keine Zeit, um haktlos hin und her zu schwanken. Heute muß zu allen Lebensfragen unseres Volkes klare Parolen gegeben, klare Stellung genommen werden. Reaktion und Kommunismus sind daran sich als Maulwürfe und Totengräber zu betätigen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung steht auf der Warte der Zeit.

Sie ist national, weil sie die berechtigten Belange des Gesamtvolkes in den Vordergrund rückt und sich daran orientiert. Sie macht aber nicht in nationalstimmigem Uebertrieb, sondern orientiert sich an den Tatsachen des völkischen Lebens.

Sie ist sozial, weil sie den berechtigten Interessen der arbeitenden Schichten gegen jeden Angriff des Schamhaftentums verteidigt und vor allem die arbeitsrechtlichen Erwerbungsfragen gegen reaktionäre Antürme schützt. Aber sie weiß auch, was sie der Wirtschaft schuldig ist.

Sie ist demokratisch, weil sie ihre Interessenvertretung nicht an den Tragen der Gesamtheit. Erst das Gesamte, dann der einzelne. Demokratie ist Pflicht und Verantwortung.

Sie ist solidaristisch, weil sie den Klassenkampf und Klassenhaß ablehnt, und nur im Zusammenarbeiten aller Stände eine Gewähr für die Zukunft sieht. Interessentkämpfe wird es immer geben, aber sie sollen gemildert werden durch den Geist der Gerechtigkeit und Liebe.

Sie ist christlich, weil sie im christlichen Glauben verankert ist und weil nur vom Christentum aus eine Gesundung der kranken Menschheit vor sich gehen kann. Sie ist deshalb auch antirevolutionär, weil jeder gewalttätige Umsturz der sittlichen Ordnung widerspricht und weil die unteren Schichten stets die Kosten einer Revolution zu tragen haben.

Das sind die Kerngedanken unserer Bewegung. Sie sind tatkräftige Ideen gegenüber dem Hin und Her bei den sozialistischen Gewerkschaften. Wer als Arbeiter wirklich am Fortschritt seiner arbeitenden Schicht und damit am Fortschritt des deutschen Volkes arbeiten will, dem ist die Möglichkeit dazu nur in der christlichen Gewerkschaftsbewegung gegeben.

Nach zwei grundlegenden Vorträgen über die sozialen Probleme der Gegenwart, allgemeiner Aussprache und eingehender Vorbereitung im „Sozialen Ausschuss“ erließ der Kirchentag eine Rundgebung, in der es einleitend heißt, daß Gottes gewaltige Hand schwer auf unserem Volke liegt. Rettung könne nur kommen, wenn unser Volk wieder Verständnis gewinnt für die von Gott geführte christliche Ordnung. Die Erneuerung des Volkslebens müsse bei keiner Urgelle, der Familie, beginnen usw.

Zu Fragen des öffentlichen Lebens, in welchem viel unchristliches Wesen zu Tage tritt, übergehend, sagt dann die Rundgebung weiter:

„Wenig ist von dem Sinn und Geiste zu spüren, der in dem andern Menschen ein Gotteskind und einen Bruder sieht. Menschenverachtung gilt vieler als vornehm, Klassenhochmut als Standespflicht, Ausnutzung der Lage, unbedünnt um das Wohl und

Immer vorwärts!

Die Agitationskraft einer großen Anzahl von Verwaltungsstellen hat gute Erfolge zu verzeichnen. Die Kollegenschaft weiß, daß nur unermüdete Arbeit in der Organisation wirklich die Arbeiterschaft zu heben in der Lage ist.

Unsere Ortsverwaltung M. Gladbach kann als Ergebnis ihrer Hausagitation folgendes mitteilen:

aufgelistet wurden	356 Kollegen,
wiedergewonnen	130 Kollegen,
neuaufgenommen	39 Kollegen,
Uebertritte u. D. M. B.	29 Kollegen,
zusammen	218 Kollegen

Die Ortsverwaltung M. Gladbach im Mai aufgelistet 92 Kollegen, wiedergewonnen 67 Kollegen.

Unsere Kollegen in Amberg haben im Mai aufgelistet 34 Kollegen, wiedergewonnen 11 Kollegen, neuaufgenommen 3 Kollegen, Uebertritte 1 Kollege.

So erfreulich diese Zahlen für Amberg sind, so geben wir uns doch der angenehmen Hoffnung hin, daß bei größerer Beteiligung der Vertrauensleute dieses „Teilsagungsresultat“ baldigst aufgefüllt wird.

Die Arbeit unserer Kollegen zeigt, daß es vorwärts geht, wenn man nur energisch zupakt. Wird dann noch die Kollegenschaft in die richtigen Beitragsklassen eingegliedert und zahlt pünktlich ihre Beiträge, geht es mit der Arbeiterschaft bergan und die Reaktion wird ihre Faust bald gebändigt finden lassen müssen.

Wehe anderer, als Geschäftslässigkeit. Selbstsucht, die nur an den eigenen Vorteil denkt, als selbstverständlich. Selbstliche Verschlingung und gegenseitige Verbitterung sind die unausbleiblichen Folgen. Gott fragt aber nicht, ob arm oder reich, vornehm oder niedrig, gelehrt oder ungelehrt. Erst der innere Wert oder Unwert macht den Unterschied aus, schon in der Zeit und erst recht in der Ewigkeit.

Solcher Mangel an echt christlichem Geist und Bruderinn ist es auch, der zu der unheilvollen Vergriffung des Wirtschaftslebens und der juristischen Verjährung der sozialen Gegensätze geführt hat, welche unsere ganze Zukunft und Gerechtigkeit bedrohen.

Gewiß folgen die wirtschaftlichen Ordnungen auch eigenen Gesetzen, und den Kämpfen um ihre Ausgestaltung und Fortentwicklung kann und soll die Berechtigung nicht verlagert werden. Aber es kommt auf den Geist an, in dem diese Kämpfe geführt werden. Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß alle Veruche, das wirtschaftliche Leben allein auf äußeren sozialen Forderungen und Maßnahmen aufzubauen, scheitern und nicht zum Frieden führen. Der Grund liegt zu Tage. Wahrheit soziale Gerechtigkeit kommt aus dem christlichen Glauben, mit dem die Ueberzeugung von dem unvergleichlichen Wert der Menschenseele, die Pflicht zur Brüderlichkeit und zum opferwilligen Dienen, das Bewußtsein der Verantwortung vor Gott und als oberstes Ziel das Reich Gottes gegeben ist. Nur auf christlichem Boden sind die sozialen Forderungen vernünftig und ist ihre Verwirklichung möglich. Gewiß legt die Verwirklichung eine feste wirtschaftliche Ordnung voraus, aber diese Ordnung kann nur dann soziale Gerechtigkeit bringen, wenn sie beachtet, daß der Mensch unendlich wichtiger ist, als alle Sachwerte.

Von hier aus kann unser Volk wieder die rechte Stellung zu Besitz, zu Arbeit und Beruf und zu dem Wirtschaftslieben gewinnen. Eigentum, wenn ehlich erworben, ist nicht Diebstahl, aber es ist für den Christen keine Sache, mit der er belästigt werden und wanken darf, sondern ein unvertrautes Gut, über das er Gott Rechenschaft zu geben hat, und das eine Quelle des Segens nicht nur für den Besitzer, sondern auch für seine Mitmenschen sein soll. Die Arbeit ist nicht einfach eine Ware, die man kauft und verkauft, sondern pflichtmäßiger Dienst am Volksganzen und bei aller Mühseligkeit das gottgewollte Mittel, sein ehlich Brot zu erwerben, sich im Fleiß, Treue und Selbstüberwindung zu bemühen und im Bewußtsein der Bedeutung seiner Arbeit für das Wohl der Gesamtheit innere Befriedigung zu gewinnen. Darum hat jede ehliche Arbeit auch ein Recht auf Anerkennung und darf nicht zum Frondienst herabgewürdigt werden. Es müßen Kraft und Zeit zur Pflege des seelischen Lebens übrig bleiben.

Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sehen wir mit erster Sorge wieder Rämpfe entbrennen derart, daß sie die Volksgemeinschaft, die gegenwärtig doppelt notleidet, zu zerschneiden und Deutschlands Gesundung und Aufstieg zu vereiteln drohen. Die zu gemeinsamer Arbeit Berufenen und aufeinander Angewiesenen stehen sich vielfach fremd oder gar feindlich gegenüber: Ueberhebung und Machtbewußtheit, Neid und Mißgunst, Hüten und drüben Verständnislosigkeit und Bitterkeit. Die letzte Quelle dieses Unheils ist auch hier der materialistische Geist, der das Leben nach Geldverdien und Genuß einrichtet, die Einzel- und Klassenliebe unheimlich groß werden läßt und nicht selten sogar das Gewissen des Einzelnen unter den Willen der Masse oder einer Vereinigung knechtet. Solange dieser Geist herrscht, kann nicht Frieden werden. Frieden kommt nur aus der christlichen Einschätzung des Lebens und wirklicher Brüderlichkeit.

Wir haben volles Verständnis für die äußere und innere Not der Arbeiterschaft, die Vieles zerrinnen sieht, was sie geglaubt und erhofft hat, und nun auch von Arbeitslosigkeit und brüden Sorgen bedroht ist. Sie kann sich jedoch dem nicht verließen, was die schwere wirtschaftliche Lage von allen Volksgenossen zwingend fordert. Sie darf die Mitverantwortung für das Volksganze, dem sie als wichtiges gleichberechtigtes Glied angehört, nicht vergessen. Aber auch von solchen Schlagworten sollte sie sich endlich freimachen wie denen, daß das Christentum eine Partei- oder Klassenfrage sei, daß es den geistigen, sittlichen und sozialen Aufstieg hindere und daß die Wissenschaft den Glauben unmöglich gemacht habe. Gottesglaube und Christentum sind für die Arbeiterschaft genau so unentbehrlich wie für alle anderen.

Den Arbeitgebern aller Art legt die größere wirtschaftliche Macht, die sie in Händen haben, um so größere Verant-

Soziale Rundgebung des Deutschen Evangelischen Kirchentages

Die sozialen Mäde der Zeit, die Forderung der menschlichen Gesellschaft, die Unterdrückung der sittlichen Ordnung schreiben gerade zu nach einer Besserung. Die Enzyklika „rerum novarum“ des Papstes Leo XIII zeigte, daß nur in der Erneuerung des Christentums die Schäden der Zeit geheilt werden können. Vom gleichen Gedanken ausgehend, hat der Deutsche Evangelische Kirchentag, die Gesamtvertretung aller evangelischen Landeskirchen, seine Mahnung und Forderung an das deutsche evangelische Volk gerichtet, deren Worte aber auch darüber hinaus zu hören, von großer Bedeutung sind.

wortung auf. Ist auch ihre Lage vielfach unter den obwaltenden Verhältnissen schwierig, so ist es doch eine zwingende sittliche Pflicht für sie, sich vor einer Ausnutzung ihrer Macht gegenüber wirtschaftlich Schwächeren zu hüten, vielmehr bis an die Grenze der Möglichkeit Opfer zu bringen, um nicht ohne Not Arbeiter brotlos werden zu lassen, um nicht unnötig die Arbeitszeit herauszujagen oder den Lohn herabzudrücken. Die Arbeiter sind nicht eine Masse, die nur abgelohnt zu werden braucht, sondern gleichwertige Volksgenossen, die um ihre soziale Gleichberechtigung ringen und ein Recht auf Anerkennung, Verständnis und Würdigung ihrer Lage und auf Berücksichtigung ihrer materiellen und geistigen Bedürfnisse haben und denen auch die Freiheit zu gewerkschaftsartigem Zusammenstoß nicht unterbunden werden darf.

Aber nicht nur das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern macht uns andauernd Sorge. Wir leben in der Verwirrung unserer Lage unter irdischen Gewissen. Die mancherlei Interessengruppen, von denen unser Volk bis in den letzten Winkel durchorganisiert ist, wehren dem Egoismus des Einzelnen, tragen aber die Gefahr in sich, einen Gruppenegoismus zu erzeugen, der dem Ganzen schädlich ist. Die Lasten, die wir tragen müssen, sollen wir nicht auf die Schultern des Nächsten laden, sondern „Einer trage des Andern Last!“

Zum Schluß heißt es in der Rundgebung, daß das Gesagte nur ein Umriss dessen sei, was der Kirchtag wolle und daß in der jetzigen Stunde der Entscheidung es jedermanns Pflicht sei, mitzuhelfen, daß das Geforderte seine Verwirklichung finde.

Diese Rundgebung wird ein Markstein für die evangelisch-soziale Bewegung Deutschlands sein, von deren fortschreitender Entwicklung auch für die christlich-nationale Arbeiterbewegung gute Wirkungen zu erhoffen sind.

R. Duden, Duisburg.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Kommunisten und Gewerkschaftsarbeit? Ihr meint, das seien zwei nicht vereinbare Begriffe. Das stimmt schon, aber man muß noch weiter gehen; es sind direkte Gegensätze. Ein Kommunist hat überhaupt keinen Sinn für gewerkschaftliche Arbeit, er ist auf seiner parteipolitischen Propaganda derzeit eingestellt, daß ihm die erste Gewerkschaftsarbeit ein Grauel ist. 1. Weil er davon nichts versteht und 2. weil dabei arbeiten und nicht schwächen die Parole ist.

Ein Beweis für die Richtigkeit dieser Worte sind die Zustände in der Ortsverwaltung Essen des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, die seit der Revolution stolz darauf war, zu den radikalsten zu gehören.

Im Jahre 1920 war der Ortsvorstand der Essener Verwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in seiner Mehrheit noch mit USP-Leuten besetzt. Doch diese Mehrheit sollte bei der darauf folgenden Neuwahl im Jahre 1921 ein anderes Gesicht erhalten. Es zeigte sich, daß die USP-Männer bereits ihre Meister gefunden hatten. Neue Kommunisten hatten sich aufgefunden und marschierten zur Ortsverwaltungswahl mit einer besonderen Liste auf, die mit erstklassigen Sternen, wie Hümmrich, 1. Bevollmächtigter, Marquard, 2. Bevollmächtigter usw., geziert war. Sogar die Kaiserverwaltung sollte nach kommunistischen Grundsätzen gehandhabt werden und ein eigener kommunistischer Kassierer wurde ebenfalls den staunenden Mitgliedern propagiert. Bei der im Februar stattgefundenen Wahl wurde dann diese kommunistische Liste mit Mehrheit gewählt.

Jedoch das Schicksal schreitet schnell und bei der Neuwahl im Jahre 1922 wurde der bisherige 1. Bevollmächtigte Hümmrich wegen Unfähigkeit und unkommunistischen Verhaltens seines Amtes enthoben und an dessen Stelle Marquard gewählt.

Auch der Kommunist Marquard mußte bald erfahren, daß Gewerkschafts- und Parteiarbeit sich nicht miteinander verbinden lassen, und er hatte sich den Horn aller Revolutionäre zugesogen und wurde im Jahre 1922 durch den „Direktor“ Rißkat und seinen Gewerkschaftsleiter Paratenings abgelöst. Unter dieser revolutionären Leitung hat nun die Essener Ortsverwaltung des D. M. A. eine besondere Entwicklung genommen. Damals, als der Herr „Direktor“ in Essen seinen Einzug hielt, versprach er, nur in kommunistischem Sinne die Arbeiterarbeit zu führen. Die Mitglieder horchten auf und glaubten, nun würde für sie endlich einmal die starke und durchaus fähige Leitung kommen, welche die Essener Arbeiterarbeit von Erfolg zu Erfolg führen könne.

Doch die Dinge haben sich viel schneller geändert, als es manche vorausgesehen haben. Wir erinnern hier an die zahlreichen Vertrauensmännereinstellungen des D. M. A., die sich eingehend mit der Tätigkeit des Rißkat und seinen Genossen beschäftigt haben. In all diesen Vertrauensmännereinstellungen wurde immer und immer wieder die totale Unfähigkeit der jetzigen kommunistischen Leitungen trittpfeiler und mehr als das, der Rücktritt der gesamten Ortsverwaltung wurde gefordert. Wir erinnern nur noch daran, in welcher geradezu erschreckender Weise dem Gewerkschaftsleiter Paratenings von seinen eigenen Genossen die totale Unfähigkeit

fest nachgewiesen wurde. Erinnern ferner daran, daß das Arbeiterratsmitglied Schlichter in einer Vertrauensmännereinstellung öffentlich erklärte, sie (die sozialistischen Arbeiterratsmitglieder) mühten sich geradezu schämen, bei den Verhandlungen bei der Firma Krupp dabei sitzen zu müssen und zuzusehen, in welcher unverantwortlicher Weise die Interessen der Arbeiterarbeit seitens des D. M. A. vernachlässigt würden. Vor uns liegt ferner die sozialistische „Essener Arbeiterzeitung“ vom 26. Januar 1924, die in einem Artikel „Abrechnung mit Rißkat und Genossen“ u. a. folgendes schreibt:

„Geradezu empörend ist die Verschleuderung von Gewerkschaftsgeldern, die sich in den letzten Wochen bemerkbar macht. Während die Funktionäre mit Sammelreisen herumlaufen, — ihnen in Not geratenen Kollegen in etwa unter die Arme greifen zu können, verpulvert diese Ortsverwaltung systematisch in der unverantwortlichsten Weise unser Geld. Dazu in einer Zeit, wo es den Kurzarbeitern nur unter schwersten Entbehrungen gelingt, ihre Beiträge ordnungsgemäß zu entrichten. Wir werden die Kräfte sammeln, die wir notwendig brauchen, um den verlustierten Geschäftsbetrieb der Firma Rißkat und Co. möglichst bald wieder in Ordnung bringen zu können.“

So die sozialistische „Essener Arbeiterzeitung“ vom 28. 1. 24, und am 3. 6. 24 finden wir einen Bericht über die am 1. Juni stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. In diesem Bericht heißt es u. a.:

„Lange schon war es allen anständig denkenden Kollegen des Metallarbeiterverbandes nicht mehr möglich, die Versammlungen zu besuchen, weil immer nur der wilde Phrasendrusch das Wort hatte. Wenn Schadenfreude auch die reinste Freude ist, so mußte doch jedem Gewerkschaftler am Sonntag das Herz bluten, als er aus dem Munde des Bevollmächtigten Rißkat, der bis vor einigen Tagen selbst noch der Führer der Kommunisten war, hören mußte, wie furchtbar die Gewerkschaftsorganisation durch den diktatorischen Einfluß dieser Partei zerstört wurde. Die Zustände sind unhaltbar, zumal das Urteil des 1. Bevollmächtigten in d. Tat Zustände aufdeckte, die einfach haarsträubend sind. Soviel aber steht fest, es gibt in ganz Deutschland kaum noch eine Verwaltungsstelle des D. M. A., wo die Unfähigkeit und Verantwortunglosigkeit sich so verheerend breit machen dürfte, wie hier in Essen. Da sitzen in der Verwaltung seit Jahr und Tag zwei Gewerkschaftsbeamte, mit Namen Lauhoff und Gesske, die nach dem Geständnis nicht einmal imstande sind, die einfachsten Büroarbeiten zu leisten. Kaitatorisch sind diese unfähigen, aber mit dem Parteidrusch der SPD, um so dreister auftretenden Bonzen überhaupt nicht zu verwenden. Rißkat hätte sich ein großes Verdienst erworben, wenn er die ihm schon seit längerer Zeit bekannter Missetat nicht auf Parteibegehren verschwiegen hätte.“

Nach dem Bericht der „Arbeiterzeitung“ wurde in der Diskussion verlangt, nun endlich dem schändlichen Zustand ein Ende zu machen. Es wurden die Namen des kommunistischen Dreimännerkollegiums verlangt, die über den Kopf der Verwaltung hinweg auf Befehl der Partei sich diktatorische Vollmachten anmaßten. Ferner wurde Klärung verlangt, ob die kommunistische Partei an die Ortsverwaltung heranzutreten sei zwecks Hergabe von Lehrgeldern aus der Verbandskasse.

„Direktor“ Rißkat wurde aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er die ihm von der Partei übertragenen Aufgaben (welche, etwa politische?) Die Red.) wiederholt nicht durchgeführt hat. „Er hat die Praktikantdisziplin innerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation mehrfach gröblich verletzt.“

Die parteipolitische Arbeit dirigiert bei den Kommunisten die Gewerkschaftsarbeit. Und das soll Arbeiterinteressenvertretung sein? Nur eine Bewegung, die frei von Parteilichkeit ist, kann wirklich die Arbeiterarbeit heben.

Eigentümliche Praxis des Schlichtungsausschusses Duisburg

Eine sonderbare Spruchpraxis befehlt der Vorsitzende des Duisburger Schlichtungsausschusses, Herr Dr. Heuer, unter Mithilfe gewisser Arbeitgeberbeihilfer.

Zu Grunde liegt ein Lohnstreit der Kantener Stanz- und Emailierwerke. In freier Vereinbarung war die Firma bereit, den Stundenlohn der Handwerker von 44 $\frac{3}{4}$ auf 46 $\frac{3}{4}$ zu erhöhen. Das mußte von den beteiligten Arbeitnehmerorganisationen: Christlicher Metallarbeiterverband und Deutscher Metallarbeiterverband als unzureichend abgelehnt werden, da in der gesamten Emailierindustrie schon seit langem für den gleichen Mann 54—58 $\frac{3}{4}$ bezahlt werden. Der Schlichtungsausschussvorsitzende, Herr Dr. Heuer (vor nicht langer Zeit noch Stadtmagister der Stadt Duisburg) fällt in dem daraufhin anhängig gemachten Schlicht-

ungsverfahren einen Spruch, der besagt, daß wegen der schlechten Geschäftslage der Firma eine Lohnerhöhung nicht Platz greifen kann.

Wir betrachten diesen Fall, wo der Firmeninhaber eine wenn auch zu beschneidene Lohnhöhung zubilligt, der Schlichtungsausschuss aber, zugunsten der Unternehmern, selbst diese geringe Erhöhung ablehnt, als so eigenartig und erheblich, daß es notwendig ist, die breitere Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Besonders beachtenswert ist hier noch, daß nach mehrfacher Verhinderung der betreffenden Firmeninhaber selbst, innerhalb der deutschen Emailierindustrie ein rücksichtsloser Preiskampf loht. In der gesamten hier in Betracht kommenden Industrie werden über Löhne gezahlt, die 25—35 Prozent höher liegen, wie bei dem hier genannten Werke, trotzdem ein solcher Schlichtungsspruch. Das stellt ein einseitiges Eingreifen einer Behörde in einem Wirtschaftsstampfe dar zu Gunsten einer einzelnen Firma und dann, was das Unersiehbarste ist, auf Kosten der Arbeiterarbeit, welche bei dieser Firma beschäftigt ist.

Wie man da das Vertrauen zu diesen Zuständen bewahren soll, ist uns unerfindlich.

Von den übergeordneten Behörden muß man aber unter allen Umständen verlangen, daß derartige Stellen mit Männern besetzt werden, die die wirtschaftlichen Zusammenhänge beurteilen können und sich ehrlieh Mühe geben, auch den Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft Rechnung zu tragen.

Zur Annahme des Schiedspruches in Nordwest

Die Metallarbeiter-Organisationen im rheinisch-westfälischen und Ruhrgebiet haben am 28. Juni zu dem Schiedspruch vom 12. Juni 1924, der vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt wurde, Stellung genommen. Uebereinstimmend wurde es in diesen Konferenzen bedauert, daß die Verbindlichkeitsklärung erfolgte. Durch die Verbindlichkeitsklärung ist der Inhalt des Schiedspruches Gesetz geworden. Den Metallarbeiter-Organisationen wurde dadurch fürs erste die rechtliche Grundlage zur wirtschaftlichen Kampfmäßnahme genommen. Ohne die vom Reichsarbeitsminister angegebenen Gründe für die Verbindlichkeitsklärung anzuerkennen, empfehlen die Gewerkschaften den Arbeitnehmern bis auf weiteres, die durch den Schiedspruch festgelegte Arbeitszeit anzunehmen. Wenn die Organisationen in ihren Konferenzen zu der einmütigen Auffassung gekommen sind, dann deshalb, weil zurzeit die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen allein nicht ausreicht, um einen wirtschaftlichen Kampf solchen Aufzuges zu führen, ohne daß dabei die Arbeiterarbeit geschädigt wird. In diesem Zustand tragen diejenigen Arbeiter die Hauptlast, die aus fälscher Sparsamkeit ihre Beiträge den gewerkschaftlichen Organisationen vorenthalten. Trotz der Mahnung ihrer Arbeitskollegen hielten diese Arbeiter es nicht für notwendig, ihre Mitgliedschaft an den gewerkschaftlichen Organisationen zu erhalten. Die Gleichgültigkeit dieser Arbeiter ist der Gesamtarbeiterarbeit zum Verhängnis geworden und die baldige Wiederherstellung der achtstündigen Arbeitszeit wird dadurch wesentlich erschwert.

Die Gewerkschaften sind nicht bereit, in der Zwischenzeit die Arbeitszeit zu erhöhen, sondern sie werden ihren ganzen Einfluß geltend machen, um ihre Forderungen betreffend die Arbeitszeit zu erreichen, insbesondere da auch seitens des Reichsarbeitsministers der jetzige Zustand als unhaltbar anerkannt worden ist. Sie fordern nachdrücklich, daß der Reichsarbeitsminister sobald wie möglich von der Befugnis des § 7 der Verordnung über Arbeitszeit Gebrauch macht und durch gesetzliche Maßnahmen die dreizehnte Schicht für die Schwerarbeiter der Großindustrie wieder einführt.

Die Micumverträge

Die Micumverträge des Dawes-Gutachtens verlängert. Die Gesamtsumme aus den Micumverträgen ermäßigen sich dem neuen Abkommen gemäß um nur etwa 10 Prozent. Von einer nennenswerten Erleichterung kann also keine Rede sein. Den kritischsten Punkt bei den Verhandlungen bildete die Vertragsdauer. Die Micum verlangte, daß der Vertrag möglichst langfristig abgeschlossen werde, was von der Schlichtungskommission aber nicht zugestanden werden konnte. Die Bergbauverträge gaben im Gegenteil zu verstehen, daß sie sich genötigt sehen könnten, den Vertrag innerhalb der vereinbarten Kündigungsfrist zum 1. August zu kündigen, wenn inzwischen keine Lösung des Finanzierungsproblems gefunden würde.

Die Reichsregierung hat sich daher dem Kohlenbergbau gegenüber bereit erklärt, für den Monat Juli die Hälfte der Micumlasten zu übernehmen, unter der Voraussetzung, daß die von der Micum in Aussicht gestellten unzureichenden Erleichterungen noch erweitert werden, und daß die Verlängerung der Micumverträge auf den Monat Juli beschränkt wird. Die Reichsregierung hat sich aus den oben dargelegten Gründen zu einer finanziellen Beihilfe für einen Monat entschlossen, obwohl die Finanzlage des Reiches eine solche

Aus dem Leben eines Kupferatoms

Von Chemiker Dr. Viktor Kutter.

II.

Die Wirkung der Säure auf die Erz- oder Metallteilchen ist verblüffend! An diese eigentümliche Wirkung aber voll und ganz zu verstehen, müssen wir einen kleinen wissenschaftlichen Abstecher machen.

Ich sah also in meinem Glasflask und konnte von da aus alles verfolgen, was um mich herum vorging. Unser Chemiker, der die Analyse begonnen hatte, war offenbar beauftragt, gleichzeitig einige jüngere Leute theoretisch und praktisch zu Chemikern heran zu bilden, denn er vermittelte für uns und erklärte ihnen die chemischen Vorgänge, die in unserem Becherglas vor sich gingen:

„Sie sehen“, sagte er, „in diesem Becherglas eine chemische Reaktion verlaufen, die darin besteht, daß die Säure auf die Metallteilchen einwirkt. Sie sehen, daß die Metallteilchen unter lebhafter Entwicklung von kleinen Gasbläschen von der Säure angegriffen und allmählich aufgelöst werden. Dies ist ein chemischer Vorgang, der durch folgende Gleichungen dargestellt wird:

$Cu + 2HCl = CuCl_2 + H_2$
in Worten ausgedrückt heißt das: metallisches Kupfer plus Salzsäure gibt Kupferchlorid plus gasförmigen Wasserstoff; und

$Cu + H_2SO_4 = CuSO_4 + H_2$
d. h. Kupfer plus Schwefelsäure gibt Kupfersulfat (Kupfervitriol) plus gasförmigen Wasserstoff.

Solche und ähnliche Gleichungen muß der Chemiker ebenso verstehen und lesen können, wie der Kupfer seine Notizen!

Die Zeichen Cu, Cl, H, S, usw. sind die Abkürzungen für die Namen der Elemente, und zwar im allgemeinen abgeleitet von den lateinischen Namen, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Cu gleich Cuprum gleich Kupfer; Au gleich Aurum gleich Gold; Ag gleich Argentum gleich Silber; Al gleich Aluminium; Pb gleich Plumbum gleich Blei; H gleich Hydrogenium gleich Wasserstoff; O gleich Oxygenium gleich Sauerstoff; S gleich Sulfur gleich Schwefel; Fe gleich Ferrum gleich Eisen; Mg gleich Magnesium; C gleich Carbo gleich Kohle; Cl gleich Chlor.

Solche Elemente, das heißt Stoffe, die nicht weiter zerlegt werden können, zählt die chemische Wissenschaft etwa achtzig. Von diesen sind die meisten im gewöhnlichen Zustand in fester Form,

wie Eisen, Silber, Blei, usw. Nur zwei sind flüchtig: Quecksilber und Brom. Elf Elemente sind gewöhnlich gasförmig; die wichtigsten davon sind Sauerstoff, Wasserstoff, Chlor und Stickstoff.

Stickstoff hat die Abkürzung „N“, vom lateinischen Wort Nitrogenium, und bildet den Hauptbestandteil unserer Luft, nämlich 77,0 Prozent, während der Rest derselben aus 23,0 Prozent Sauerstoff besteht.

Durch die Behandlung mit der Säure verschwindet, wie man hier im Becherglas sieht, das metallische Kupferatom allmählich für das Auge vollständig, es geht wie man sagt, in Lösung, und hat jetzt ganz andere Eigenschaften, als im metallischen Zustand; auch wird es jetzt nicht mehr Atom, sondern Kupfer — Jon genannt. Während das metallische Kupferatom die bekannte rötliche Farbe hat, ist die Kupferlösung, d. h. also das Kupferion, schön blau gefärbt — jeder kennt wohl die blauen Kristalle des Kupfervitriols, in welchem das Kupfer auch in Ionenform vorhanden ist. Man muß also zwischen den Atomen in fester Form, und den Ionen in der Lösung einen grundlegenden Unterschied machen. Im allgemeinen sind die flüchtigen Ionen immer anders gefärbt, als die festen Metallatome, wie folgende Zusammenstellung zeigt:

Metall	Atomfarbe	Ionenfarbe
Kupfer	rötlich	grün bis blau
Silber	weiß	farblos
Gold	gelb	farblos
Eisen	hellglänzend	grünlich
Mangan	hellglänzend	rosafarben
Chrom	weißglänzend	violett blau, rot
Nickel	weißglänzend	schön grün
Aluminium	bläulichweiß	farblos

Außer diesen optischen Eigenschaften sind es besonders die elektrischen, durch die sich die Ionen von den Atomen unterscheiden.

Die Metalle sind bekanntlich durchweg gute Leiter der Elektrizität, und das Kupfer ganz besonders, weswegen es ja auch in der Elektrochemie eine so ausgedehnte Verwendung findet. In der Lösung der Metalle hingegen, wie die wir hier im Becherglas, sind zwar keine Isolatoren oder Nichtleiter, aber sie leiten die Elektrizität viel langsamer mal schlechter als die festen Metalle; solche Flüssigkeiten, die die Elektrizität zwar schlecht, aber immerhin noch merklich leiten, heißen Elektrolyten. Nun besteht aber der grundlegenden Unterschied zwischen der metallischen Form und dem Elek-

trolyten nicht allein in der verschiedenen Leitfähigkeit — dies ist nur ein gradueller Unterschied —, sondern hauptsächlich in dem ganz verschiedenen Verhalten gegenüber einem elektrischen Strom, von dem sie durchfließen werden.

Fließt ein elektrischer Strom durch einen Kupferdraht, so bleibt der Draht im allgemeinen unverändert; jedes Kupferatom behält seine Lage unverändert bei, ob ein Strom durchfließt oder nicht. Es bewegt sich also nur die Elektrizität durch den Draht, aber das einzelne Kupferatom bleibt ruhig an der Stelle, die es von Anfang an inne gehabt hat.

Vollkommen anders ist das Verhalten der Elektrolyte! Wird ein elektrischer Strom durch einen Elektrolyten hindurchgeschickt, so gehen sich die Ionen mit dem Strom in Bewegung und wandern mit ihm durch die Lösung hindurch, vom einen Pol zum andern. Und zwar wandern — dies ist das Grundgesetz! — die Metallionen nach der wir das in unserem Becherglas befindliche Kupfer analysieren nach dem negativen Pol und die wandern nach dem positiven Pol. Auf diese Tatsache gründet sich die Methode, nach der wir es in unserem Becherglas befindliche Kupfer analysieren und zwar hier elektroanalytisch bestimmen wollen.

Bevor wir hierzu übergehen, bedarf aber unsere Lösung noch einer kleinen Behandlung; denn wie Sie sehen, ist sie nicht vollkommen klar, sondern durch geringe Mengen erdiger und mineralischer Substanzen noch getrübt. Sie wird daher in ein anderes Becherglas von ca. 200 Kubikzentimeter Inhalt überfiltriert, und die Lösung auf etwa 100 Kubikzentimeter verdünnt, so daß also das halbe Becherglas damit angefüllt ist.

Nun können wir zur Elektrolyse schreiten. Zu diesem Zweck bringen wir das Becherglas in den Elektrolytenraum, wo uns der geeignete Strom zur Verfügung steht. Dieser wird einer kleinen Akkumulatorenbatterie entnommen, und durch zwei Platinbleche, die sogenannten Elektroden, dem Elektrolyten zugeführt.

Die Elektroden sind also diejenigen Körper, welche in die Lösung eintauchen und durch welche der elektrische Strom einströmt in die Flüssigkeit eintritt und andererseits wieder austritt. Sie müssen daher so beschaffen sein, daß sie nicht von der Flüssigkeit angegriffen werden. Je nach der Natur der Elektrolyten können sie daher aus sehr verschiedenen Stoffen bestehen; es gibt Elektroden aus Eisen, Nickel, Kupfer, Kohle, Silber, Platin und anderen Körpern.

(Fortsetzung folgt.)

Beihilfe auch nur für einen Monat an sich nicht zuläßt. Eine Beihilfe für eine längere oder gar unbegrenzte Zeit könne bei der Finanzlage des Reiches nicht verantwortet werden.

Der Entschluß der Reichsregierung ist anzuerkennen. Aber auch nicht mehr. Die Art und Weise, wie man aus dem Westen eine Reparationsproving gemacht hat, ohne daß sich das übrige Deutschland einen Deut um die Lasten kümmerte, war nicht mehr zu verantworten. Was die Reichsregierung heute tut, hätte in irgend einer Form schon längst geschehen müssen.

Die unter den größten Lasten leuzende Wirtschaft des Westens schreit nach Entlastung, die Bevölkerung schreit nach Entlastung. Entlastung? Erhöhung der Hauszinssteuer! Die Beamten haben ja mehr Geld bekommen. Begreifen Sie den Zusammenhang nicht? Wir leiden auch nicht, aber die Lasten bleiben festhalten! Man mag endlich von Berlin aus mehr für das besetzte Gebiet übrig haben als Gedenkfeste und den Schwur unzerbrechlicher Treue. Davon läuft im Westen kein Rad.

Arbeitervertreter in der Arbeiterversicherung

Unsere soziale Versicherung ist bekanntlich nach demokratischen Grundzügen aufgebaut. Alles für die Arbeiterschaft, aber auch durch die Arbeiterschaft, so lautet vornehmlich das Grundprinzip. Die Arbeiterschaft wird mit Ausnahme der Unfallversicherung erheblich zur Aufbringung der Kosten herangezogen, sie hat aber auch einen großen Einfluß auf die Wirksamkeit und Verwaltung dieser Einrichtungen. Leider hat die Arbeiterschaft diese sozialen Rechte und Pflichten, zumal im Laufe der letzten Jahre, nicht genügend oder überhaupt nicht wahrgenommen.

Die Folgen einer solchen Lässigkeit zeigten sich im Laufe der letzten Jahre oft knüppelnd, indem z. B. die nicht abgehauten und gesteigerten Verwaltungskosten, hohe Gehälter, Arzthonorare, Apothekergebühren usw. oft vielzuviel verschlungen, welches auf Kosten der Versicherten wettgemacht wurde. Auf den Währungsverfall allein ist dieses nicht zu buchen. Ebenso sind oft in dieser Rücksprechung Entschuldigungen gefallen, in welchen man eine tatkräftige sachgemäße Mitarbeit der Versichertenvertreter oft vergeblich sucht.

Indes ist bei diesem ganzen Wollen zu beachten: „Alles Gute kommt von unten.“ Bei den Wahlen der Vertreter in die Orts-, Betriebskrankenkassen, der Anappphastklassen usw. ist zunächst und überhaupt erst Bewegung zu erzeugen. Nur gute, befähigte Gewerkschaftler sind vorzuschlagen und zu wählen. Dabei ist die Arbeit zu teilen, denn nichts ist falscher, als dem einzelnen „Ivobel“ aufzuhängen, daß er ihnen nicht mehr nachkommen kann.

Die letzteren Wahlen werden in Kürze wieder stattfinden. Es ist daher Aufgabe unserer Vertreter, zeitig nach dem Rechten zu sehen und die Wahlvorbereitungen unterstützen zu helfen. Alles dieses setzt indes voraus, daß die Arbeitermassen auch mit der Bedeutung dieser Fragen ausgerüstet werden. Denn ohne gewerkschaftlichen Geist, ohne diese Schulung, Arbeit und Unterstützung und ohne gewerkschaftliche Versichertenvertreter können auch unsere sozialen Versicherungsförder nicht dasjenige sein, was wir von ihnen benötigen und erwarten.

Tätigkeit eines Betriebsrates

Aus einem Bericht über die Tätigkeit des Betriebs- und Arbeiterrats eines mittleren Betriebs in Essen teilt uns ein Kollege u. a. folgendes mit: Dem sozialistischen kommunikativen Weltreinen um die Vorherrschaft im Betriebe ist es zuzuschreiben, daß wir innerhalb drei Jahren sieben Betriebsratswahlen vornehmen mußten. Der Betriebsratsvorsitzende wurde allein in einem Jahre 12 mal neu gewählt. Jeder wollte der Beste sein, aber in Wirklichkeit war sich keiner der kommunikativen Säurer seiner Aufgaben bewußt.

Zu unserer Arbeit steht uns neben einem guten Betriebsrat das Betriebsratsgesetz, die Gewerbeordnung, die Reichsversicherungsordnung, das Straf- und Bürgerliche Gesetzbuch, das Reichsarbeitsblatt, zwei wirtschaftliche Zeitungen und sonstiges Bedarfsmaterial zur Verfügung. Wir haben jedem Mitglied ein bestimmtes Aufgabengebiet zugewiesen, das er vornehmlich zu beachten und gegebenenfalls vorzubereiten hat. Daneben haben wir eine Unfallverhütungss-, sowie eine Lohn- und Akkordkommission. Wir haben jeden Tag eine Sprechstunde. Diese und die Verhandlungen mit der Firma finden während der Arbeitszeit statt. Darüber hinaus halten wir jede Woche eine Sitzung ab; also nach Feierabend. Durch Verhandlungen mit unserer Firma haben wir erreicht, daß dem Arbeiterrat vor jeder beachtlichen Entlassung Mitteilung gemacht wird. Wir können dann schon sofort Stellung dazu nehmen und wenn wir Unzulänglichkeiten oder Willkürlichkeiten dabei feststellen, erreichen wir auch in den meisten Fällen, daß Aenderung geschaffen wurde.

(Soweit der Ausgang aus dem erwähnten Bericht. Es ist erstens, daß endlich auch einmal ein Kollege aus der Betriebsratsleitung einen schriftlichen Bericht einleitet. Was hier berichtet wird, ist hinsichtlich der kommunikativen Ausrichtungen zu ernstlichen Schreien Anlaß und im übrigen sind gute Anregungen in dem Bericht für andere Betriebsräte enthalten. Was uns in dem Teile des Beschlusses, den wir nicht veröffentlichen konnten, nicht gefällt, das sind die allgemeinen Behauptungen ohne Unterlagen

über die sonstige praktische Tätigkeit und über erzielte Erfolge. Wenn z. B. gesagt wird, wir haben Vorschläge gemacht hinsichtlich der Produktion und der Wirtschaftlichkeit des Betriebes, wir haben bezüglich der Löhne, der Akkorde des Arbeiterlohnes usw. Erfolge erzielt, so ist mit diesen Behauptungen ohne nähere Unterlagen nichts anzufangen. Ein vollständiger Bericht muß Ziffern und Zahlen enthalten und Kopf und Keller nennen. Also z. B.: die elektrische Antriebskraft ist zu schwach, die Schlosser müssen mit zu stumpfen und ungenügenden Feilen arbeiten, 10 Arbeitern fehlen am Tariflohn pro Stunde 5 3, Lehrlinge werden ein ganzes Jahr nur mit Nietenwärmen beschäftigt, 20 Einsprüche gegen unbillige Entlassungen gingen bei uns ein usw. Wir haben je in den einzelnen oder in den Fällen insgesamt dieses oder jenes erzielt. Wenn so die tausende von Einzelheiten der Betriebsräte Tätigkeit zusammengefaßt und veröffentlicht werden, erst dann erzielen die Berichte die notwendige Wirksamkeit. Darum angepaßt und mit neuem Mut ans Werk! Die Red.)

Der Achttundentag vor dem Tribunal

Auf der Tagesordnung der diesjährigen Internationalen Arbeitstionierung in Genf steht der Achttundentag nicht. Gleichwohl hat er bisher alle anderen Verhandlungsgegenstände weit überlagert, und zwar in einer für Deutschland besonders wichtigen Weise. Die

Arbeitszeit in Deutschland, die Notverordnung vom 23. Dezember 1923, die Auswirkungen dieser Arbeitszeit und dieser Verordnung auf einige andere Länder bilden fast ausschließlich den Gegenstand dieser Erörterungen.

Dagegen wäre man an und für sich noch nichts zu sagen, es wäre sogar denkbar, daß eine solche Erörterung, auch wenn sie nicht in der Tagesordnung vorgesehen war, sich durch sich selbst zu recht fertigen und die zarten Ansätze zu einer fruchtbaren europäischen Politik, die in den letzten Wochen wahrgenommen werden konnten, zu fördern vermocht hätte. Das ist leider nicht der Fall gewesen, dank des Geistes, in welchem diese Erörterungen unter hervorragender Beteiligung des Leiters des Internationalen Arbeitsamtes geführt worden sind, dank der erschreckenden Unachtsamkeit, die dort zutage getreten ist, und dank der demagogischen Tendenzen gegen Deutschland die sich dort breit machen durften. Deutschland ist sozial reaktionär, dadurch ermuntert es die soziale Reaktion in anderen Ländern, und deswegen muß es auch sozial unter Kontrolle gestellt werden — das war und bleibt trotz aller gelegentlichen Beschwichtigungsversuche des Herrn Thomas der Eindruck vom Geiste der Verhandlungen.

Gewiß, man mag manches bedauern, aber man läte auch in Genf gut, nach den Ursachen zu fragen. Auf der einen Seite verlangt man von Deutschland gewaltige Zahlungen, die, wenn überhaupt, doch neben anderen Gründen auch durch erhöhte Arbeitsleistung zu erreichen sind, andererseits glaubt man aus Gründen einer einseitigen Interessenpolitik gegen die Verlängerung der Arbeitszeit in

Soziale Einsicht

Eine Antwort an Herrn v. Borfig. Von Staatsminister a. D. A. Siegewald.

„Wirtschaftliche Einsicht“ überschreibt im „Arbeitgeber“, dem Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren schwere Vorwürfe erhoben. Eine positive Stellungnahme des Verleasantikels, den er als „ein offenes Wort an die deutschen Gewerkschaften“ bezeichnet. Darin werden gegen die Gewerkschaften schwere Vorwürfe erhoben. Eine politische Stellungnahme des Verfassers zu den entscheidenden Streitfragen der gegenwärtigen Beziehungen von Kapital und Arbeit ist in der Darlegung nicht enthalten. Vielleicht veranlaßt ihn das folgende, sie nachzugehen.

Zu beanstanden ist die Art in welcher Herr v. Borfig seine Anschuldigungen unterschleibt gegen „die Gewerkschaften“, richtet, sie sogar an einer Stelle samt und sonders mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verbindung bringt, ohne auch nur für die geringste seiner Anklagen Belege aus der christlich-nationalen Richtung der deutschen Arbeiterbewegung beizubringen. Mit 2 Millionen Köpfe im Deutschen Gewerkschaftsbunde organisiert, und in den bürgerlichen Fraktionen sämtlicher deutschen Parlamente darunter mit drei Dutzend Abgeordneten im Reichstage, vertreten, und nach einem kämpferischen Aufstieg langer Jahre auch kein Gebilde von gestern mehr, muß die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung verlangen, daß mindestens die Führer der Wirtschaft sich bemühen, zu dem Eigenleben der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Bereiche zu anderen Gewerkschaftsrichtungen vorzudringen. Immer wieder begegnet man bei den öffentlichen Erörterungen der Gleichsetzung von Gewerkschaften und Partei, von Gewerkschaften und Sozialdemokratie, ja von Arbeiterbewegung überhaupt mit Marxismus und Klassenkampf. Das hat die öffentliche Meinung in Arbeiterfragen weiter verleitet und droht nachgerade die Gefahr, daß Stände und Schichten unseres Volkes einander nicht mehr verstehen, unüberwindlich zu machen.

Was Geheimrat von Borfig über die Lage der deutschen Volkswirtschaft und die aus ihr erwachsenden privatwirtschaftlichen Notwendigkeiten sagt, honer er zu seinen sozialpolitischen Angriffen schreitet, vermag ich im wesentlichen zu unterschreiben. Das von ihm betonte Erfordernis der Kapitalneubildung insbesondere kann kaum hoch genug bewertet werden. Wobei freilich zu ergänzen wäre, daß solche Neubildung bei Betrieben und Betriebsinhabern nicht genügt, um „auf deutschem Kapital die für uns notwendige nationale Fundierung in dem ganzen Volke und seiner Sparkraft bedarf. Löhne ohne jeden Sparfaktor — heute die überwiegende Regel — wirken in dieser Hinsicht letzten Endes genau so auf die Produktivität der Industrie zurück wie ihre vielfach für des Lebens nackte Notdurft nicht einmal ausreichende Kaufkraft die erste und wichtigste Grundlage aller Gütererzeugung, nämlich den Inlandsmarkt, erschüttern muß. 55 v. H. der Reichsbevölkerung machen mit ihren Familien allein die Arbeitnehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft aus, von vielen anderen abgesehen. Und daß sie wieder Sparer und einigermaßen zahlungsfähige Käufer werden, gehört zu den Voraussetzungen des Wiederaufbaues der nationalen Wirtschaft auf deutschem Kapital; erfüllt diese Voraussetzung sich, — so wird sie zugleich eine andere, die Einstellung auf höchste Arbeitsleistung, mächtig fördern.

Herr von Borfig braucht nur die Fachblätter der christlich-nationalen Gewerkschaften und die Tageszeitung ihrer Bewegung, den „Deutschen“, aus den letzten Jahren durchzublättern, um auf Schritt und Tritt Verständnis, stellenweise vielleicht noch schärfere Betonung seiner eigenen wirtschaftlichen Gedankengänge anzutreffen. Akkordverträge und das ganze feindliche Auspressungssystem, die schweren steuerlichen Belastungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die Verteuerung jeder Erzeugung durch rohstoffteure Umgehungen vom Urlohn bis zum vollkommene Fabrikat, eine zu kostspielige Verwaltung in Staat und Gemeinden, dazu eine Beamtenbefolgungspolitik von manchmal inflationgefährlicher Art, drückende Frachten und Kreditnot, nicht zuletzt die gewaltige Zunahme jener Schmarotzer des Geld- und Warenmarktes, die nach Oswald Spengler der produktiven Wirtschaft das Blut abzapsen, indem sie „die Vermittlung vermitteln“, — das sind so einige, Herrn von Borfigs Beurteilung unseres volkswirtschaftlichen Status ergänzende Punkte der Kritik, die er dort nachlesen kann.

Doch selbst dieser immerhin unschwierigen Quellenforschung kann er entzagen, wenn er sich an seine mehrjährige Zusammenarbeit mit christlich-nationalen Gewerkschaftsvertretern im Reichswirtschaftsrat, vor allem auf dem Gebiete der Kern seines Artikels bildenden Sozialpolitik zurückdenkt. Allen freigewerkschaftlich-sozialistischen Anfeindungen zum Trotz, haben sie dort grundsätzlich stets um den Ausgleich der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gerungen und oft in gleicher Linie mit der Gesamtheit oder mit Gruppen der Arbeitgebervertreter der Verständigung die Bahn zu bereiten versucht. Die Verhandlungen über die Schlichtungsordnung, das Arbeitsnachweisgesetz, die Arbeitslosenversicherung, die Arbeitszeitgesetze im Reichswirtschaftsrat geben davon Zeugnis.

Bei solcher Lage der Dinge hat die christlich-nationale Arbeiterbewegung Beweise nicht zu erbringen, sondern, wenn man sie mit internationalen Klassenkampforganisationen in einen Topf will, zu fordern. Ich preise die hauptsächlichsten sozialpolitischen Vorschläge der christlichen Arbeiter heraus.

Auf unentwegtes Drängen der Arbeitgeberseite hätten die Gewerkschaften die Akkordarbeit wieder zugelassen. Dem Verfasser mag in den Arbeiterverhältnissen seines Berliner Wohnortes entgegen sein, daß der Christliche Metallarbeiterverband, der Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter, der Zentralverband christlicher Textilarbeiter usw. dazu keines Drängens bedurften, sondern überall dort, wo deren Einfluß ausreichte, besonders im Westen, unter selbstverständlicher Forderung angemessener Lohnregelungen, hier jederzeit die Hand dazu geboten haben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bekämpft überhaupt keine akkordartig

bezahlte Akkordarbeit, solange sie Gesundheit und gute Sitten und die Achtung vor dem Menschen im Arbeiter wahr.

Ebenso wenig verteilte er einen schematischen Achttundentag. Seine Stellung zur Dauer der Arbeit richtet sich grundsätzlich nach beruflichen und sanitären Gesichtspunkten. Was ihm hiernach beispielsweise für Bergarbeiter in heißen oder nassen Gruben und für Feuerarbeiter zuviel erscheint, das kann in leistungsfähigeren Berufen überbittet werden. Ein hinderer auch nichts anzuerkennen, daß für manche einfache Arbeitsprozesse mehr Arbeitszeit, wenn nicht prozentual mehr, so doch verhältnismäßig mehr Arbeitsergebnis bedeutet. Man sieht, Herr von Borfigs Wunsch, sich wenigstens auf diesen allgemeinen Satz zu einigen, ist für die christlich-nationalen Gewerkschaften erfüllbar. Immerhin sollte er die technische Rückständigkeit mancher Betriebe nicht damit bestreiten, daß er entzückt jagt, welcher Unternehmer sich denn heute noch den Luxus unproduktiver Arbeit leisten könne. Gewiß, heute möchte wohl mancher zurückgebliebene Betrieb die technische Vervollkommnung nachholen, welche ihm die Geldlosigkeit der Inflationsjahre gestattete hätte, heute, wo Kreditnot und wachsende Abnahmewierigkeiten im Wege stehen. Damals jedoch entzog ihm das Kartell, welches die Preise nach den schwächsten und rückständigsten Mitgliedbetrieben kalkulierte, einem solcher Zwange. Das verweigerte Besthalten am schließenden Kartellgedanken ist gegenwärtig noch eines der auf die Dauer allerdings untauglichen Mittel zur Hochhaltung der Preise.

Der Artikel redet viel von Schematismus: Schematische Arbeitszeit, schematische Tarifverträge, schematisches Schlichtungsverfahren sind seine Beschwerden. Hand aufs Herz! Wer stimmt sich gegen die Bemühungen einseitiger Gewerkschaftsführer, die Tarifverträge in der Richtung differenzierter Leistungslohne fortzuentwickeln? Wer schematisiert heute, oft aus Doktrinarismus und reiner Machtprobe die Arbeitszeitverlängerung? Das sind die Arbeitgeberverbände!

Leicht macht sich Herr von Borfig die Beurteilung des letzten Kampfes im Ruhrbergbau, der „durch passive Resistenz und Vertragsbruch der Arbeitnehmer veranlaßt worden sei unsere zügellose Zeit verpöht schnell. Daher sei daran erinnert, daß das letzte Glied in der Kette der Ruhrkonflikte einem Anfange gegenübersteht, der im Herbst des vorigen Jahres in dem gewaltigen Bruch geltender Reichsgesetze und vereinbarter Tarifverträge durch die Unternehmer bestand. Und wie steht es mit den Hochofenarbeitern im Ruhrgebiet, denen die Arbeitgeber seit mehr als einem halben Jahre die pflichtmäßige von ihnen selbst anerkannte Ablosungsregelung bis jetzt schuldig geblieben sind? Zwölf Stunden Feuerarbeit und nur wenige freie Sonntage im Jahre — ich fürchte, Herr von Borfig bräute bei seiner betont wirtschaftlich Einstellung zu den Dingen des Lebens vielleicht in ähnlicher Lage die heftigste Widerstandsfront der christlichen Gewerkschaftsmittel, der nicht auf. Wenn hier nicht bald Abhilfe erfolgt, so kann niemand davor einsehen, daß angehäufte Erbitterung nicht abermals sich entläßt.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften fragen die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und ihren Vorsitzenden Herrn von Borfig, der die Stellungnahme der Gewerkschaften zu der Interpellation gegebenenfalls für die Arbeitgeber als „entscheidender Abschnitt in ihre Stellungnahme zu den Gewerkschaften“ betrachtet und dann für die „deutschen Arbeitgeber kaum noch etwas mit ihnen zu verhandeln“ findet:

1. Ist die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bereit, mit der Spitzenorganisation der christlich-nationalen Gewerkschaften eine Arbeitsgemeinschaft fortzuführen oder neu aufzubauen und ihr tatkräftig auch einen Inhalt zu geben? Seit Monaten vermisst man hierauf die klare Antwort.
2. Ist sie bereit, mit den Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Tarifverträge nach wie vor gutzuheißen und zu fördern, unter der Voraussetzung beiderseitiger näher zu begrenzender Haftung der Vertragsparteien für eingegangene Vereinbarungen?
3. Ist sie bereit, das amtliche Schlichtungswesen gegebenenfalls durch ein eigenes berufständisches, auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu ersetzen?
4. Ist sie bereit, anzuerkennen, daß Entscheidungen dieser Schlichtungsstellen in bezug auf Tarifvertragsinhalte so wie auf Haftungsansprüche die Vertragsparteien und deren Mitglieder verpflichten, und billige sie insoweit die staatlich Ergreifung, als der Gesetzgeber ihr für den äußersten Fall die Zwangsburchführung der Sprüche der selbstgeschaffenen Schlichtungsstellen zu übertragen hätte?

Es gibt werke, nicht bloß Arbeiter- und Angestelltenkreise umfassende Kreise bei allen Parteien, in denen die Empfindung wächst, das deutsche Unternehmertum habe in der Revolutionszeit Arbeitsgemeinschaft als Hagelverlängerung betrieben und glaube, sie neuerdings entbehren zu können. An den führenden Männern seiner Spitzenorganisationen wird es liegen, zu beweisen, daß ihnen an dem Zusammenwirken mit den Arbeitnehmern liegt, wo immer sie die Bestimmung dafür finden. In demselben eingangs zitierten „Arbeitgeber“ schreibt Dr. Hans Westenberg einen treffenden Aufsatz über den im Arbeiter „verschütteten Menschen, der zur bürgerlichen Lebensordnung drängt“, dem entgegenkommen zu wollen die entscheidende Voraussetzung sozialen Ausgleichs sei. So ist! Die christlich-nationalen Gewerkschaften warten, trotz aller Bitternisse der Zeit, auf jenen Willen! Sie sind der Auffassung, daß in Deutschland die nationale Wiedergeburt nur kommen kann auf dem Wege über die soziale Erneuerung. Finden sie daher in schwerer Stunde vaterländischer Not bei den Unternehmern ausreichendes Verständnis?

Deutschland Sturm laufen zu müssen. Der gleiche Trugschluss bewegt sich auch im Verfallener Friedensvertrag, und macht seine Durchföhrung unmöglich.

Wir sind den Arbeitern der übrigen Länder sehr verbunden für die Aufmerksamkeit, mit der sie unsere eigenen Belange verfolgen. Wir wären ihnen dankbarer, wenn sie sich bei ihren Regierungen endlich ins Zeug legten, daß die Reparationen herabgemindert werden, damit die deutsche Arbeiterchaft nicht der Helote der Welt zu sein braucht. Ein größeres Betätigungsfeld könnte man sich ja kaum wünschen.

Wirtschaftsrundschau

Die Tragödie vom Bergwerk Alte Haase ist ein Symbol für unsere darniederliegende Volkswirtschaft. Die Gewerkschaften Alte Haase I, II, III, mußten wegen Geldmangel stillgelegt werden. Die Werke hatten bei Anbruch des passiven Widerstandes noch große Bankguthaben, heute haben sie 1,5 Millionen Mark Schulden. Es waren monatliche Zuschüsse von 100 000 Mark und mehr erforderlich. Trotz aller Anstrengungen war auf dem freien Geldmarkt kein Pfennig zu erhalten. Silberzuse an Reich, Preußen und Reichsbank waren vergeblich. Die Regierung mußte zuerst die Gehälter der oberen Beamten um 70 Prozent erhöhen. Die Folgen: die Bergwerke liegen still, d. h. sie erkaufen. Die Aktionäre haben ihren Kapitalbesitz verloren, 2100 Arbeiter sind um Lohn und Brot gekommen. Der Staat kann jetzt an Erwerbslosengelbem wahrscheinlich mehr zahlen, als ihn eine Unterstützung bedrängter Werke gekostet hätte. Jawohl, wir haben auch ein Wirtschafts- und Finanzministerium!

Preisabbau durch Senkung der Produktionskosten forderte am 25. Juni in Essen die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer. Dieser Preisabbau, der im Einzelhandel unter dem Zwang der Verhältnisse in zahlreichen Branchen bereits eingeleitet habe, müsse auch auf die Produktion übergreifen, wenn der Wirtschaftsablauf nicht zum Stillstand kommen solle. Infolgedessen seien die Preiserehöhtungen einzelner Konventionen und Kartelle zu bebauern. Wenn der Grundlag des notwendigen Preisabbaus auch anerkannt werde, so müsse man sich andererseits vollständig klar darüber sein, daß dieser Preisabbau nur durch Verbilligung der Produktionskosten eintreten könne und eine Verbilligung der Produktionskosten wieder abhängig von einer vernünftigen Regelung der Sozial- und Arbeitspolitik. Wenn unter dieser vernünftigen Regelung nicht Lohnabbau oder arbeitsrechtlicher Abbau gemeint ist, kann man sich damit schon einverstanden erklären.

Notizen

Die armen Aufsichtsräte sind wahrlich zu beklagen. Jetzt gönnt man ihnen nicht einmal die Tantiemen. Aber trotzdem finden sie noch den richtigen Dreh, um zu ihrem „sauer verdienten“ Geld zu kommen. Zwar gehen die Aktionäre der Werke im allgemeinen jetzt leer aus, aber die Herren Aufsichtsräte fingern für sich die Sache schon.

Nur drei Fälle: Die A.-G. für Zellstoff- und Papierfabrikation Wschaffenburg hat 5 Rentenmark Dividende verteilt. Gleichzeitig stellte die Verwaltung in der Generalversammlung den Antrag den Aufsichtsräten, statt bisher jährlich 500 Mark das Gehalt, also 5000 Mark pro Kopf zu bewilligen und dem Vorsitzenden das Doppelte. In der Generalversammlung erhob ein Mann Widerspruch. Er erklärte nach einem Bericht der „F. Z.“, daß von dieser „Vergütung“ eines Aufsichtsrates von 5000 Goldmark fünf Familien leben könnten. Der Aufsichtsrat sollte in Zeiten wie den gegenwärtigen so billig arbeiten, wie Angestellte und Arbeiter. Der Vorsitzende war so geschmackvoll, den Widerspruch als eine Folge der Tatsache zu erklären, daß der Aufsichtsrat eben bisher „zu billig“ gearbeitet habe.

Noch eifriger als im vorstehenden Falle haben sich die Aufsichtsratsmitglieder der Norddeutschen Eiswerke A.-G. gesegnet. Sie verteilten nämlich unter sich die Hälfte des ganzen Reingewinns. Dieser betrug 67 000 Mark. Daraus erhielt der Aufsichtsrat zunächst 24 000 Mark und dann nochmals 10 Prozent. Insgesamt also 30 700 Mark.

Die Löwewerke Berlin, gaben ihren Aufsichtsräten als Tantieme 31 000 Goldmark.

Und der Lohn der Arbeiterschaft? Gegenfrage: Warum ist die Arbeiterschaft nicht besser organisiert?

Aus dem Reiche der Technik

Die Großwasserkraftanlage Zanwerk gruppiert sich um die oberbayerische Stadt Mühldorf. Ein mit Druckluft betriebenes Wehrbaut den Inn bei Niedermasser um etwa 6,50 Meter auf und leitet das Betriebswasser durch einen 20 Kilometer langen Oberwasserkanal dem Kraftwerk bei Töping zu, wobei die größte Wassermenge eine Kräftentwicklung von 100 000 Pferdekraften einfließt. Durch einen 3 Kilometer langen Unterwasserkanal fließt das Betriebswasser wieder in den Inn zurück.

Das erste deutsche Eisenbetonhochhaus steht in Düsseldorf. Das Gebäude, das ganz in Eisenbeton hergestellt ist, besteht aus zwei Seitenflügeln mit sieben ausgedehnten und aus der Turmpartie mit zwölf aufstehenden Geschossen. Das Bauwerk ist bis zur Turmhöhe 56 Meter hoch. Die Decken in den einzelnen Geschossen sind für eine Nutzlast von 300 bis 350 Kilogramm/m² berechnet und als Rippendecken mit einem Abstand der Rippen von 1,30 Meter ausgeführt. Im Turmhelm ist ein Wasserbassin von 31 m² Inhalt für Feuerlöschzwecke untergebracht. Dem Personenverkehr dient ein Paternosterantrieb, der die unteren sieben Geschosse durchfährt, während ein schnellfahrender Rollstuhlantrieb mit 1,50 m/sek Geschwindigkeit den Verkehr nach den Turmelagen vermittelt.

Die Elektrizitätsindustrie in den Vereinigten Staaten von Nordamerika macht riesige Fortschritte. Das in dieser Industrie investierte Kapital beträgt man auf 3800 Millionen Dollar, d. h. auf nahezu ein Drittel dessen, was in den Eisenbahnen des Landes angelegt ist.

Verbandsgebiet

Bezirkskonferenzen Südwestdeutschland.

Nach der glänzend verlaufenen Bezirkskonferenz in Mannheim im März fanden am 29. Mai (Himmelfahrtstag) und am 1. Juni für die weiteren Bezirke in Donauverdingen und Ulm zwei weitere Bezirkskonferenzen statt. Besuch und Inhalt der Konferenzen zeigten, daß diese einem wirklichen Bedürfnis entsprechen. Die Konferenz in Mannheim war von 98, die in Donauverdingen von 59, Ulm von 52 Vertretern besucht. Nur Ettlingen und Nierentbach fehlten ohne Entschuldigung. Der Geschäftsbericht der Bezirksleitung durch Kollege Gengler gab ein unmissendes Bild der gewerkschaftlichen schweren Arbeit der letzten Jahre, zeichnete die „Salvatorianer“, Kuhnreimann, Abbringungsfall mit ihren gefährlichen Wirkungen für die

deutsche Wirtschaft und Arbeiterschaft. Die Probleme der Arbeitszeit und Produktion, Bewegungen und Streiks, Mitgliederbewegung und Klassenverhältnisse wurden klar herausgestellt, ebenso die dringenden Arbeiten der Gegenwart scharf umrissen vorgezogen. Aus dem besagten Wert des Optimismus muß die Arbeiterschaft heraus. Sie ist nur das, was sie aus sich macht. Im Vordergrund muß stehen lebendige Anteilnahme an der Organisationsarbeit, mehr ideale opferwillige ehrenamtliche Mitarbeit. Der Geist der Allen muß wieder auferstehen. Geordnete Verwaltungsarbeit, beginnend vom Einzug des Wochenbeitrags, der wöchentlichen Geldablieferung der Vertrauensleute, wie der monatlichen Abrechnungen der Kassierer. Pünktlichkeit ist die erste Grundlage hierbei. Die Finanzen der Organisation müssen auf die Höhe gebracht werden um die Aufgaben der Interessensvertretung durchführen zu können. Die Organisation hat und ist nur das, was die Mitglieder ihr geben. Der echte weiterbildende Gewerkschaftler sieht den Vorrang einer richtigen Gewerkschaftsorganisation in hohen Beiträgen, weil nur solche die Leistungsfähigkeit der selben verbürgen. Dann gilt es aus der Zustationsgewerkschaftszeit auch geistig heraus zu kommen. Der Kampf der Arbeiterschaft um Gleichberechtigung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft kann nur erfolgreich durchgeführt werden, die Erfolge können nur Bestand haben mit einer geistig hochstehenden Arbeiterschaft. Das Betriebsrätemessen, das Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess kann nicht mit Schlagworten gelöst werden. Dazu ist Wissen, Können, Verantwortungsgewißheit des Einzelnen Voraussetzung. Der Kampf des Christlichen Metallarbeiterverbandes ist im tiefsten Grund der Kampf um die Menschenrechte des Arbeiters. Geistige Bildungsarbeit tut not. Die christlichen Gewerkschaften sind eine Kulturbewegung der Arbeiterschaft. Regelmäßiges Versammlungswesen mit grundsätzlichen und volkswirtschaftlichen Vorträgen, Erkennen des Wesens der Gewerkschaft, Studium des Verbandsorgans, Zentralblatt, Der Deutsche, der Literatur der Bewegung muß wieder in jeder Ortsgruppe und von jedem Einzelmitglied geübt werden. Nur so finden wir die Grundlage und geistige Kraft zu unserer Tätigkeit.

Den mit sehr großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Kollegen Gengler folgte in den Konferenzen jeweils eine längere sehr eingehende Aussprache, in der fast alle Verwaltungsstellen zum Wort kamen. Gerade diese Aussprachen zeigten die Wichtigkeit einer eingehenden Schulungs- und Bildungsarbeit in den Verwaltungsstellen. Die letzten Jahre wurden fast nur noch Lohnberichte entgegengenommen und Lohnverhandlungen geführt. Die andern aufstehenden großen Fragen kamen kaum mehr in Behandlung. Wir greifen nur das Gebiet der Volkswirtschaft, des Arbeitsrechts, Stellung der Arbeiter in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft heraus.

Es war ein hoher geistiger Genuß, als unser alter Führer Franz Wieber, mit lautem Beifall und Freude begrüßt, das Wort nahm zum Vortrag über: „Grundsätzliche wirtschaftliche und gewerkschaftliche Lage.“ Hier sprach frei von jeder Phrase der jugendliche, gewissenhafte, verantwortungsbewusste Gewerkschafts- und Arbeiterführer, der über eine opfervolle persönliche Tätigkeit im Kampf um die Arbeiterrechte über ein ganzes Lebensalter zurückblicken kann. Mit aller Deutlichkeit sprach unser ergrauter Franz Wieber den Spreu vom Weizen, zeigte uns die Lage wie sie ist, nicht wie man sie gerne haben möchte. Dem, die so oberflächlich und leichtfertig vom „Wesagen der Gewerkschaften“ schwächen wurde Entwicklung und Lage der Arbeiterschaft in den letzten Jahrzehnten gegenüber gestellt, bewiesen, wie gerade die christlichen Gewerkschaften, eine Riesenarbeit mit Erfolg zu Gunsten der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem, sozialem und geistigen Gebiet geleistet haben. Mögen die inhaltlos kritiker selbst zuerst Gewerkschaftsarbeit mitteilen, statt sich in Nichtstun, leerer Kritik erschöpfen oder gar durch Absteifen von der Organisation der Organisationsarbeit und den Gewerkschaftsmitgliedern in den Rücken fallen. Ein Dornenleben zu führen, zu ernten, wo andere säen ist für die Gesamtheit nicht bloß schädlich, sondern für den Unorganisierten auch nicht ehrenvoll. Der Platz des aufrechten Arbeiters muß in den Reihen der vorantretenden organisierten Arbeiterkollegen sein. Die Zeit ist da, wo es heißt: christlich-national gestimmte Metallarbeiter in die Arbeit. Der Sozialismus vom Kommunismus durchwühlt steht im geistigen und organisatorischen Niedergang. Er erntet, was er an Irrungen und Verwirrung wie an Verantwortungslosigkeit geerntet hat. Der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung müssen wir alle unsere Kräfte geben. Lebendige Mitarbeit, finanzielle Stärkung, Schulung, Aneignung von geistigen Rüstzeug sind die Wege zum Fortschritt und eines wahren Wiederaufbaus.

Der brausende Beifall zeigte die Übereinstimmung der Vertreter. Der Wille zur Arbeit kam in den einstimmig angenommenen Entschlüsse zur Lohn- und Preispolitik, zur organisatorischen, agitatorischen, Verwaltungs- und Finanzarbeit zum Ausdruck. Diese in den Ortsgruppen in die lebendige Tat umzusetzen ist Aufgabe und Pflicht. Begeistert stimmten die Vertreter in das Hoch auf das Gedeihen und Blühen unseres Christlichen Metallarbeiterverbandes ein, des wirklichen Wahrens der Metallarbeiterinteressen.

Jubiläumstest unserer ersten Schwarzwälder Ortsgruppe.

Die bedeutungsvolle Feier unseres 25jährigen Jubiläumstestes liegt hinter uns. Sind es wirklich schon 25 Jahre, die im harten Organisations- und Daseinskampfe verfloßen sind? Man möchte gefühlsmäßig diese Frage verneinen, so lebendig und frisch stehen alle kleinen und großen Geschehnisse der letzten 2 1/2 Jahrzehnte vor den geistigen Augen. Oft mußte fräftig, ja rüchloslos durch- und durchwischen gegrißen werden — in den Kreisen unserer Kollegen, noch mehr im Kollegium der Unternehmer, bei Verhältnissen geschaffen waren, auf die weiter gewerkschaftlich gearbeitet werden konnte. Nicht alles ist erreicht, was sich unser Christlicher Metallarbeiterverband zum Ziele gesetzt hat, aber sehr viel ist erkämpft worden, daß und unvorstellbar, und heute darf gesagt werden, daß auch der Schwarzwälder Metallarbeiter ein großes Stück in der Kulturentwicklung vorwärts gekommen ist, daß er daher einen ganz anderen Kulturmenschen repräsentiert, als vor noch 25-30 Jahren. Ohne Gewerkschaftsarbeit wäre das ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Respekt vor denen, die besonders in Vordertreffen standen! Unser Lambert Weisser, der seit 25 Jahren unsere Ortsgruppe als 1. Vorsitzender in der Hand hat, verdiente eigentlich einen hohen Orden, wenn der Verband einen solchen zu verleihen das Recht hätte. Seine Lebensaufgabe als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter hat er in vollem Umfange erfüllt. Für diese Tat christlicher Nächstenliebe möge ihn der Herrgott im Himmel reichlich lohnen! An diesem jungen Mann mögen sich die an Jahren jüngeren Kollegen ein Beispiel nehmen! Weisser hat nicht in schlimmer und schwieriger Zeit zu den Klagenweibern in Mannshofen gehört, sondern er griß Charakterist und pflichtbewußt zu, flürzte auf, trieb den angestrichelten Kollegen Mut und Vertrauen in die Seele, schweißte sie im Verbands zusammen, ließ sie dort durch Aufklärung einereizieren, lehrte ihnen Opferwilligkeit und Hingabe an die große Sache. Heute tut uns das, wo wir auch auf dem Schwarzwalde wieder trübselige Zeiten durchzumachen haben, als folgerung aus dem verlorenen Krieg und dem gewerkschaftslosen Verhalten so mancher Kollegen, wieder bitter sei. Er hat dann, wenn wieder jeder seine volle Pflicht und Schuldigkeit tut, mirs besser im Arbeitsverhältnis! Die Ehrengabe Lambert Weissers und der beiden Jubiläumsmittglieder Jos. Staiger und Himmelsbach nahm Verbandssekretär Fegredo (Willingen) vor. Im Auftrag der Ortsgruppen des Schwarzwaldes und Breisgauer

überreichte er den drei Jubilären kunstvolle Majolikavasen. In zu Herzen gehende Glückwünsche übermittelte schriftlich zur Freude aller unser erstes Vorbild treuer, selbstloser Pflichterfüllung in Verbands, Franz Wieber. Wie ein Gebet klang es aus den Worten des Redners, daß Gott unseren Verbands noch lange seine Begründer erhalten möge. Große Beachtung fand auch das Schreiben des 1. Vorsitzenden des Uhrenarbeiterverbandes, des jetzigen Redakteurs Alex (Erbberg), aus dem der christliche Metallarbeiterverband auf dem Schwarzwalde hervorging. Im Mittelpunkt stand aber die praktisch und instruktiv eingestellte großzügige und grundsätzliche Festrede des Bezirksleiters, Abg. Gengler (Stuttgart). Handeln wir nach ihel Feiertage im Gewerkschaftsleben und Erbauungs- und Erziehungstage. Ein solcher möge auch unser Jubiläumstest gewesen sein. Und nun: reich von neuem an Wert!

Oberursel.

Ein Wiedersehen! Um Umschau zu halten, in wie weit die alten Kollegen die Treue, gehalten haben, um aber auch der Jugend neue Begeisterung einzufloßen, ist unser Zentralvorsitzender Kollege Wieber heute, nach 22 Jahren, zu uns gekommen. Mit diesen Worten eröffnete der Vorsitzende Kollege Kung, die vom Christlichen Metallarbeiterverband, Sektion Oberursel, einberufene Versammlung und dankte zugleich den Kollegen Wieber, daß er sein altes Versprechen eingelöst habe. Ein freudiges Wiedersehen war es zunächst für den Kollegen Wieber, konnte er doch feststellen, daß die Alten die er bei seinen ersten Agitationsreisen gewonnen hatte, sich fast vollständig heute um ihn scharten. Mit ihnen waren die jüngeren Mitglieder der Sektion fast vollständig erschienen. Ein Beweis, daß das vor fast 25 Jahre gelegte Samenfeld sich gut entwickelt hat. Daß Kollege Wieber noch in Erinnerung auch der übrigen Bevölkerungsschichten steht, beweist die Tatsache, daß auf eine Anzahl Güte und Vertreter der Angestellten-Organisationen in der Versammlung erschienen waren. Eingangs seiner Ausführungen entschuldigte sich Kollege Wieber zunächst für sein langes Fernbleiben und verbreitete sich dann über die gewerkschaftlichen Erfolge der letzten Jahrzehnte. Nicht die materielle Seite ist ausschlaggebend für die Beurteilung der Stellung eines Standes im Volksleben. Die wirtschaftliche Stellung eines Standes hängt von der Gesamtlage eines Volkes ab. Es ist nicht, daß der Arbeiterstand auf gesellschaftlichem Gebiet ein gutes Stück vorwärts gekommen ist. Diese Besserstellung konnte nur erreicht werden, durch die jahrzehntelange, gewerkschaftliche Schulung und Aufklärungsarbeit. Die Gewerkschaften haben somit auf diesem Gebiet eine erfolgreiche Arbeit geleistet. Sollen diese Erfolge in der Zukunft nicht nur erhalten, sondern weiter ausgebaut werden, dann ist notwendig, daß der alte Gewerkschaftsgeist wieder einkehrt. Auch einzelne Klassen von Bevölkerungsschichten können in der Entwicklung zurückgedrängt werden. Solches für die Arbeiterschaft vermeiden werden, dann müssen wir unbedingt an der Ausbreitung unserer Organisation weiter arbeiten. Im zweiten Teil seiner Ausführungen behandelte Kollege Wieber die grundsätzliche Seite der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Die Ausschaltung der christlichen Weltanschauung aus dem öffentlichen Leben hatte sich zum Nachteil der unteren Stände ausgewirkt. Eine Stärkung unserer Bewegung liegt daher im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Nach erinnernden Ausführungen an die alten Veteranen, die Kollege Wieber den Jüngeren als Beispiel vorstellte, schloß Kollege Wieber seine 1 1/2stündigen Ausführungen. Der stürmische Beifall bewies, welche Begeisterung die Ausführungen bei den Versammlungsteilnehmern ausgelöst hatte. Der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M., Kollege Neudecker bemerkte, daß der Kollege Wieber äußerlich älter geworden sei, daß aber seine Ausführungen dieselbe jugendliche Frische zeigten, wie vor 25 Jahren. Das soll auch uns ermahnen in unserer Tätigkeit für die Organisationen nicht zu erlahmen. Kollege Stimper als Sprecher für die Veteranen, erinnerte an Vorgänge anlässlich der ersten Versammlungen vor 22 Jahren, in denen Kollege Wieber das Samenfeld unseres Verbandes legte, und gelobte, daß die Alten auch weiterhin wie bisher in Treue zu ihrem Führer stehen werden. Ein Vertreter der Angestellten, Herr Kettner gab seiner Freude Ausdruck über die Aufforderungen des Kollegen Wieber, im Deutschen Gewerkschaftsbund in Treue und Kameradschaftlichkeit zusammen zu arbeiten.

Leider war Kollege Wieber gezwungen, frühzeitig am selben Abend wieder abzureisen. Der gute Eindruck, den die Veranstaltung auf ihn ausgelöst hatte, veranlaßte ihn, das Versprechen abzugeben, daß er recht bald wieder nach Oberursel kommen werde und er hoffe, daß bis dahin unser Christlicher Metallarbeiterverband einen gewaltigen Schritt vorwärts getan habe.

Zur Verschönerung der Veranstaltung hatte die Gesangsabteilung des latth. Gesellenvereins eingangs der Versammlung einen Begrißungschor vorgelesen. Den Schluß der Veranstaltung bildeten zwei Gesangsvorträge des Quartetts „Laurus“ welches aus Mitgliedern des Christlichen Metallarbeiterverbandes besteht. Die Sektion Oberursel kann mit dem Verlauf dieser Versammlung vollauf zufrieden sein. Es steht zu erwarten, daß die Kollegen mit neuem Mut und Begeisterung an den weiteren Ausbau ihrer Sektion gehen werden.

Bekanntmachung

Sonntag, den 13. Juli ist der 29. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

F. L., Berlin. Es stimmt schon, und der Halbjahresbericht der Berliner Kommunistischen Partei sagt es ebenfalls, daß der sozialistische Metallarbeiterverband in Berlin von 168 000 auf 40 000 zurückgegangen ist. Daran ist deutlich der zersetzende Einfluß des Kommunismus zu erkennen, der zu Organisationsmüdigkeit, Gleichgültigkeit und damit zur Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse führt.

S. im Saargebiet, und andere. Angaben müssen stets sturmstet sein. Sind sie es nicht, so schaden sie nur der Bewegung. Mit ungenauen oder falschen Angaben ist niemandem gedient. Vor allem achte auf die Gewährsmänner; manche bekommen nämlich die Drehtrommel, wenn sie ihre Darlegungen beweisen sollen.

An einige Ortsverwaltungen. Ihr wollt gewiß die Kollegen mit ganz besonders großen Ergebnissen eurer Hausagitation erfreuen und zögert wohl deshalb noch mit der Bekanntgabe. In eurem eigenen Interesse glauben wir deshalb, die Ansicht eines Kollegen ganz energisch ablehnen zu müssen, der meinte, ihr schrieht „müde“ groß und mit „h“.

Vertrauensmann W., Amberg. Du glaubst, weil Kollege W. seine Pflicht in der Agitation täte, könntest du dich in deiner Beschäftigung etwas daria „mäßigen“. In der Übernahme der Agitationsarbeit darfst du ruhig unbedenklich sein. Je mehr Kollegen sich darin betätigen, umso sicherer ist es für die Besserung unserer Arbeitsverhältnisse.

Kollegen, vergeßt nicht die Werbearbeit für den Verband!